

Das glaube, wer will: «Wir sind das Volk»

«Wir sind das Volk» – in Deutschland treten jene, die ihr Land durch Fremde bedroht sehen, gern mit diesem Anspruch auf. Das ist doppelt schamlos, erstens weil es die Anmassung ausdrückt, das ganze Volk zu vertreten, und zweitens weil es von den Kundgebungen aus den letzten Tagen der DDR abgekupfert ist. Damals war der Anspruch eher gerechtfertigt, und vor allem war er eine direkte Antwort an die Behauptung der kommunistischen Führung, ihr «Arbeiter- und Bauernstaat» verkörpere das (arbeitende) Volk. Diese «demokratische Republik» hiess wohl nur deshalb nicht wie andere osteuropäische Staaten «Volksrepublik», weil die Nationalsozialisten das Wort «Volk» diskreditiert hatten, mit ihrer «völkischen» Politik, andere zu vernichten oder zu erobern.

Im Westen liess man sich dieses Wort nicht nehmen: «Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus», heisst es im heute für ganz Deutschland geltenden Grundgesetz der Bundesrepublik. Dennoch gilt schnell – und wie die Spruchbänder zeigen, nicht immer zu Unrecht – als Rechtsausser, wer das Wort braucht. Dagegen wehrt sich die in sprachlichen Dingen konservative Zeitschrift «Sprachnachrichten». Sie erinnert daran, dass «deutsch» ursprünglich «volkssprachlich» bedeutete, und meint: «Das deutsche Volk ist definiert durch seine Sprache, nur durch die Sprache und sonst nichts. (...) Das Deutschsein durch eine Liste von Wesensmerkmalen zu definieren, so verständlich die Sehnsucht danach sein mag, gelingt nicht, es hat uns mehr Unheil als Segen beschert.»

Anders als zu unheilvollen Zeiten wird auch nicht der Umkehrschluss gezogen, wer deutscher Zunge sei, müsse zu diesem Volk und daher zum Staat gehören. Wie aber definieren wir in der Schweiz das Volk, wo uns doch die gemeinsame Muttersprache fehlt? Wir reden gern vom Volk als Souverän, und darin liegt auch gleich die Definition: Das Volk umfasst all jene, von denen die Staatsgewalt ausgeht (oder bei Volljährigkeit ausgehen wird). Mehr braucht es nicht, schon gar nicht eine «Liste von Wesensmerkmalen».

Nicht das Volk, aber dessen «Wertekanon» will nun der CVP-Nationalrat Müller-Altmett definieren lassen: Er verlangt mit einer parlamentarischen Motion vom Bundesrat eine Umfrage nach dem Muster Dänemarks. Dort hatte das Kulturministerium – mit Blick auf Schulunterricht und Einbürgerungen – eine solche Liste ausarbeiten lassen. Dies nicht etwa auf dem ordentlichen gesetzgeberischen Weg, sondern mit einer Online-Umfrage. Die zehn Kernwerte beruhen auf der Meinungsäusserung von nur gerade 66'000 der gut fünf Millionen Däninnen und Dänen. Gut, dass so etwas eben nicht Volksabstimmung heisst, sondern Voting – ein Begriff aus der Spasskultur.

Auch wenn ordentlich über eine Vorlage abgestimmt worden ist, ist die Behauptung über-rissen, «das Volk» wolle, was drinsteht. Über-rissen nicht deshalb, weil oft weniger als die Hälfte der Stimmberechtigten abgestimmt hat und die Ja-Stimmen kaum je das absolute Mehr ausmachen. Und auch nicht deshalb, weil der Inhalt des Beschlusses verschieden interpretiert werden kann. Sondern über-rissen deshalb, weil hier nicht eine Äusserung der «volonté générale» im Sinne Rousseaus vorliegt, der damit den angeblich unfehlbaren Gemeinwillen meinte. Vielmehr wurde über eine bestimmte Vorlage abgestimmt. Das Resultat ist gültig, denn so sieht es unsere Verfassung vor.

Mehr darf man nicht hineinlesen. Wer sich aufs Volk beruft, tut das denn auch nur dann, wenn es noch gar nichts gesagt hat, oder aber dann, wenn das Stimmvolk «richtig» entschieden hat. Besonders gern tut es die SVP, öfter noch als die CVP, die das Volk ebenfalls im Namen führt und die Nichtchristen gewiss dazurechnet. Der SVP-Vordenker Blocher stellt «das Volk» auch gern der «Classe politique» entgegen. Von derlei Berufung aufs Volk ist es dann nicht mehr weit zur anmassenden Behauptung «wir sind das Volk».